



Der Rechtspfleger-Kurier

Aktuelles

vom
Verband Bayerischer Rechtspfleger e.V.

Ausgabe IV/2018

Jahrgang 51

Haushalt und Nachwuchsgewinnung im Fokus

Landesvorstand trifft sich mit Justizminister Prof. Dr. Winfried Bausback

Im Vorfeld der Haushaltsverhandlungen erörterten Mitglieder des Landesvorstandes die Forderungen aus der Eingabe des VERBANDES zum Doppelhaushalt 2019/2020 mit Prof. Dr. Winfried Bausback. Dabei konnten wir große Übereinstimmung in der Zielsetzung erkennen, mehr und auch besser besoldetes Personal im Rechtspflegerbereich zu gewinnen.

Der Staatsminister stellte die Bemühungen des Ministeriums zur Nachwuchsgewinnung vor und hob dabei insbesondere die Beteiligung der Justiz an Ausbildungsmessen hervor. Landesvorsitzender Peter Hofmann wies darauf hin, dass es ebenso wichtig wäre die Attraktivität des Rechtspflegerberufes durch eine höhere Eingangsbesoldung sowie die Einrichtung ganzheitlicher Zuständigkeiten, wie im Nachlassverfahren geschehen, zu steigern.

Auch die Qualität des Studiums wirkt sich auf die Nachwuchsgewinnung aus, die ja vor allem von der Mundpropaganda lebt, so Hofmann. Hier führen die an und für sich erfreulich großen Anwärterzahlen zu Studienbedingungen, welche derzeit stark in der Kritik stehen. Der Hinweis auf den künftigen Hochschulstandort Pegnitz, an dem vieles besser werden soll, hilft den derzeit Studierenden nicht weiter, sondern wirkt eher demotivierend!

Laut Claudia Kammermeier ist es unbedingt notwendig Verbesserungen bei den Studienbedingungen zu finden und die allgemeine Stimmung zu heben. Einer ins Negative kippenden Stimmungslage müsse rechtzeitig vorgebeugt und entgegengewirkt werden. Justizminister Bausback erklärte, dass er es gerne gesehen hätte, wenn die Fahrtkosten der Studierenden bei auswärtiger Unterbringung erstattet worden wären. Dies falle jedoch in den Zuständigkeitsbereich der Finanz und bisherige Bemühungen des Hauses waren leider nicht erfolgreich.

Alle Gesprächsbeteiligten, darunter auch Frau Dr. Andrea Schmidt als Leiterin des Justizprüfungsamtes, waren sich einig, dass intensive Gespräche unter Einbeziehung von Studierendenvertretern und Schulleitung zu führen seien, um Handlungsmöglichkeiten zur Optimierung der Studienbedingungen zu finden.



v.l. Vorstandsmitglieder Hofstetter, Neubauer, Hofmann, Santl, Kammermeier, Fr. Dr. Schmidt, JM Bausback, Gerhard Hummer vom Justizprüfungsamt

Hilferuf aus Starnberg

Auf verschiedenen Wegen haben uns Meldungen über Probleme in Starnberg erreicht. Sie betreffen z.B. die Unterbringung außerhalb des Hochschulgeländes, die fehlende Erstattung der Reisekosten, Auflagen bei der Organisation von Festen und Veranstaltungen und einiges mehr. Deshalb hat der Verband Bayerischer Rechtspfleger – vertreten durch die stellvertretende Vorsitzende Claudia Kammermeier und die Jugend- und Studierendenbeauftragte Verena Neugebauer – und unterstützt durch den Studierendenvertreter der Hochschule Starnberg Michael Förtsch, ein intensives Gespräch über die Situation an der Hochschule mit dem Justizministerium, dem Personalreferenten Christian Steib und seinem Mitarbeiter Matthias Bieberstein sowie Gerhard Hummer aus der Abteilung G für Aus- und Fortbildung, geführt.

Warum habt Ihr das Gespräch gesucht?

CK: Dieses Jahr hatten wir eine sehr hohe Anzahl an Studiumsabbrecher. Deshalb habe ich mich vor ein paar Monaten auf die Suche nach den Ursachen und natürlich nach möglichen Lösungen gemacht.

VN: Ich habe Gespräche mit vielen Studierenden geführt und vielfältige Sorgen und Probleme erfahren.

FM: Ich war froh dabei sein zu können und aus erster Hand die Situation in Starnberg schildern zu können.

Wie war das Gespräch?

FM: Wir konnten offen reden und uns wurde zugehört!

VN: Ich hatte auch den Eindruck, dass die Sorgen der Studierenden ernst genommen wurden.

CK: Ich bin mir sicher, dass wir Verbesserungen erreichen werden, wo Verbesserungen möglich sind.

Wie meinst Du das?

CK: Die hohen Anwärterzahlen und die Wohnungsmarktsituation in München und Umgebung sind leider nicht änderbar. Aber wie man damit umgeht, Erklä-

rungen der Probleme und Transparenz der Entscheidungen, halte ich zB für verbesserungsfähig.

Welche Probleme konkret sind lösbar?

FM: Bei den strengen Auflagen hinsichtlich Security und Versicherungen bei der Durchführung von Veranstaltungen hoffen wir, Erleichterungen zu erzielen. Für ein „Wir-Gefühl“, für Verständnis und Zusammenhalt unter den Studierenden sind gemeinsame Veranstaltungen wirklich wichtig.

VN: Bei der Erstattung der Reisekosten mauert das Finanzministerium. Aber allgemein kann das Klima sicherlich verbessert werden.

CK: Die Kommunikation und die Sensibilität im Umgang mit den Studierenden, das Eingehen auf die Ansprüche und Bedürfnisse der jungen Generation kann besser werden.

Wie geht es weiter?

VN: Wir haben jetzt weitere Gespräche vereinbart.

CK: Ich bin mir sicher, wir finden Lösungen. Wir bleiben jedenfalls dran!

Herausgeber:

Verband Bayerischer Rechtspfleger e.V., 80097 München;

E-Mail: rpfl.bayern@t-online.de oder bayern@bdr-online.de

weitere Informationen und aktuelle Meldungen unter <http://by.bdr-online.de>

Vorsitzender Peter Hofmann, Bamberg,

Schriftleiterin u. verantwortlich für den Inhalt: Daniela Woite,

Amtsgericht München, Infanteriestr. 5, 80097 München

Mit Namen unterzeichnete Artikel, Stellungnahmen, Leserbriefe etc. werden unter alleiniger Verantwortung des Unterzeichners veröffentlicht und geben grundsätzlich nur dessen Auffassung wieder. Ihre Veröffentlichung beinhaltet nicht, daß sich Herausgeber oder Schriftleitung die darin enthaltenen Tatsachenbehauptungen zu eigen machen oder die darin geäußerten Meinungen teilen.